

II-3879 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1921 /J

1986 -02- 2 4

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. HÖCHTL
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Anhebung der Höchstgrenzen der als
Sonderausgaben abzugsfähigen Beiträge an gesetzlich
anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften

Auf Grund eines Antrages der Bundesräte Dr. Frauscher,
Dr. Schambeck und Kollegen hat der Bundesrat am
15. November 1985 folgende EntschlieÙung gefaÙt:
"Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert,
eine Novelle des Einkommensteuergesetzes 1972 in der
geltenden Fassung auszuarbeiten, wonach die Höchstgrenze
für Sonderausgaben gemäß § 18 Abs. 1 Z. 5 (Beiträge
an gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgemein-
schaften) von 800 S auf 1400 S pro Jahr erhöht wird."

Begründet wurde diese EntschlieÙung einerseits mit der
Tatsache, daÙ mit dem Abgabenänderungsgesetz 1985 die
Gewerkschaftsbeiträge zu Gänze von der Steuer absetzbar
wurden, andererseits mit dem Faktum, daÙ die letzte
Anhebung dieses Freibetrages im Jahr 1979 erfolgt ist.

Seit dieser BundesratsentschlieÙung sind einige Monate
vergangen, ohne daÙ der Finanzminister im Sinne dieses
Beschlusses tätig wurde.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an
den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e:

- 1) Warum haben Sie die vom Bundesrat vom 15.11.1985
gefaßte EntschlieÙung noch nicht verwirklicht?
- 2) Wann werden Sie eine Gesetzesinitiative in die
Wege leiten, um die Höchstgrenze der als Sonderaus-
gaben abzugsfähigen Beiträge an gesetzlich anerkannte
Kirchen und Religionsgemeinschaften anzuheben?
- 3) Für den Fall, daß Sie dazu nicht bereit sind, wie
begründen Sie Ihre ablehnende Haltung?